

Tendenzen der IT-gestützten Vorgangsbearbeitung in der Hessischen Landesverwaltung

ANDREAS HEDWIG

Abgesehen von dem „endogenen“ Automatisierungsdruck innerhalb einzelner Bereiche der Landesverwaltung, der sich aus dem allgemeinen Willen zur Effizienzsteigerung herleitet, z.T. auch indirekt aus Sparzwängen ergibt, spielen für den Ausbau der Büroautomation in Hessen die staatlichen Koordinierungsgremien eine wesentliche Rolle: Dies sind der Landesautomationsausschuß und sein Unterausschuß Büroautomation, der inzwischen um eine Arbeitsgruppe Intranet ergänzt wurde, die beim Innenministerium angesiedelt sind, sowie daneben die Initiative *Hessen-media* der Staatskanzlei.¹ Der Landesautomationsausschuß hat seinen Schwerpunkt in der Koordinierung und Förderung der verwaltungsinternen IT-Vorhaben. *Hessen-media* setzt hingegen besonders auf die breite Unterstützung von Multimedia-Anwendungen, auch außerhalb der Landesverwaltung – dabei handelt es sich vielfach um Informationsangebote und Telematikdienste für spezielle gesellschaftliche und wirtschaftliche Interessengruppen wie für breite Kreise der Bevölkerung. Die Staatsarchive sind sowohl im Unterausschuß Büroautomation als auch in der Arbeitsgruppe Landesintranet vertreten, was den Überblick über die aktuellen Entwicklungen und die Informationsbeschaffung sehr erleichtert.

Betrachtet man allein die vergangenen zwei Jahre, so ging ein bedeutender Schub von der sich rasant fortentwickelnden Hard- und Software in Verbindung mit den Möglichkeiten der Datennetze aus. Die Ergänzung des rationellen Arbeitens am PC durch gezielte und komfortable Informationsbeschaffung und Kommunikation über die Netze wird in der Landesverwaltung viel schneller Realität, als noch vor wenigen Jahren angenommen. Sträubten sich noch vor kurzem Verantwortliche zum Teil aus guten Gründen, immer mehr Geräte in das Internet freizuschalten, so brachte die Internet-Technologie andererseits kostengünstige, auch für die Verwaltung nutzbare Elemente: zuverlässige Kommunikation über das offene Netz mittels Verschlüsselung und/oder die Einrichtung eigener, nach außen abgeschotteter Intranetze. Einzelne Verwaltungszweige oder Gebietskörperschaften bedienen sich inzwischen dieser Möglichkeiten. Seit einem guten halben Jahr befindet sich ein landesweites Intranet mit Informationsangeboten im Aufbau, die speziell auf die Bedürfnisse der Landesverwaltung zugeschnitten sind. Im Sommer 1998 etwas zögerlich begonnen, präsentiert es sich heute mit seinen Angeboten – beispielsweise dem aktuellen Dienststellenverzeichnis, dem Behördentelefonbuch und einer Datenbank zum Landesrecht (Gesetz- und Verordnungsblatt, Teil II) – als nützliches Arbeitsmittel. Die Staatsarchive empfanden es als ihre Pflicht, so rasch wie möglich im Landesintranet präsent zu sein. Die dortige Homepage erläutert in knapper Form die wichtigsten Aufgaben der Archive im Hinblick auf die Verwaltung, insbesondere die Grundsätze und Verfahrensweisen für die Archivierung, und bietet die relevanten Gesetzes- und Verordnungstexte sowie die Kontaktadressen an.

Ein detaillierter Überblick über die derzeitigen Büroautomations-Projekte in Hessen kann und soll im folgenden nicht geliefert werden. Zu differenziert und heterogen ist inzwischen die Landschaft, als daß in dem hier zur Verfügung stehenden Rahmen ein konsistentes Bild gezeichnet werden könnte. Einen Eindruck über den aktuellen Stand vermitteln aber folgende, gezielt unter dem Gesichtspunkt IT-gestützte Vorgangsbearbeitung – Stichworte: Workflow/elektronische Akte/papierloses Büro – ausgesuchte Projekte.²

1 IT-Einsatz in der Straßenverkehrsverwaltung

¹ Vgl. <http://www.hessen-media.de>.

² Die folgenden Projektdarstellungen basieren, abgesehen von den angegebenen schriftlichen Quellen, auf Informationsgesprächen mit Systembetreuern bzw. -mitarbeitern.

Die Hessische Straßen- und Verkehrsverwaltung besteht aus dem Hessischen Landesamt für Straßen- und Verkehrswesen in Wiesbaden an der Spitze sowie 15 landesweit verteilten Ämtern und 60 Straßen- und Autobahnmeistereien mit 4.400 Mitarbeitern, davon 2.200 im Innendienst. Ihre Aufgaben sind Planung, Bau, Erhalt sowie Betrieb aller „klassifizierten“ Straßen in Hessen (derzeit ca. 16.000 km). Im Zuge der erst 1995 vollzogenen Neugliederung wurde eine konzeptionell beachtliche organisatorische Basis für das IT-Management der gesamten Fachverwaltung („Multi-Projekt-Management“) gelegt. In den fünf Fachabteilungen plus Justizariat werden derzeit ca. 40 Einzelprojekte entwickelt oder betreut, von Informations- und Telematiksystemen bis hin zu Instrumenten der Bürokommunikation.³ Ein zentrales Anliegen war die Verbesserung des landesweiten Informationsaustausches sowie die Unterstützung der Vorgangsbearbeitung, wofür 1996 ein Kommunikationskonzept vorgelegt wurde: „Neben der Bereitstellung von Kommunikations- und Datenaustauschfunktionen, die als Grundvoraussetzung angesehen werden, soll insbesondere auch die Vorgangsbearbeitung, d. h. die Abbildung von Arbeitsvorgängen in verschiedenen Anwendungsbereichen, erfolgen.“⁴

Als geeignete Software wurde nach einem Pilotversuch *Lotus Notes* ausgewählt, das allen DV-Nutzern als Grundfunktionalität zur Verfügung stehen und Anwendung finden soll in den Bereichen Schriftgutverwaltung, Personalwesen, Aus- und Fortbildung, Haushalts- und Stellenplanung sowie sonstige „Management-Anwendungen“. Besonderer Wert wurde auf den Datenaustausch zwischen den Dienststellen gelegt. 1999 kommt es zum Aufbau eines landesweiten Netzes, bei dem die lokalen Dienststellen-Server ihre Daten täglich mit dem Zentralserver des Landesamtes abgleichen, was eine zentrale Datensicherung und Administration erlaubt. *Lotus Notes* liegt zwar inzwischen auf zahlreichen Rechnern der Straßenverkehrsverwaltung, eine zentral administrierte echte Workflow-Anwendung gibt es aber erst in bescheidenen Ansätzen, wie beispielsweise in speziellen Bereichen der Beschaffung und der Bearbeitung von Urlaubs- und Dienstreiseanträgen. Bis Ende 1999 sollen alle Dienststellen und Arbeitsplätze über *Lotus Notes* verfügen und vernetzt sein.

2 Das Hessische polizeiliche Arbeitsplatzsystem HEPOLAS

Einen ähnlich umfassenden Ansatz der landesweiten Vernetzung zur Nutzung zentraler Informationssysteme sowie des Ausbaus der Kommunikationsstrukturen verfolgt seit 1993 die hessische Polizei.⁵ Einerseits soll von HEPOLAS aus, das vom Hessischen Landeskriminalamt entwickelt wird, die Verbindung zu HEPOLIS, dem *Hessischen Polizei Informationssystem*, INPOL (*Informationsdienst der Polizei des Bundes*), SIS (*Schengener Informationssystem*), AZR (*Ausländerzentralregister* im Bundesverwaltungsamt), zu den Kommunalen Gebietsrechenzentren zwecks Herstellung einer Verbindung zu den Einwohnermelde- und Kfz-Halterdaten sowie zum *Zentralen Fahrzeugregister* im Kraftfahrt-Bundesamt ZEVIS hergestellt werden. Hauptanliegen ist aber andererseits die „automatisierte Unterstützung der polizeilichen Sachbearbeitung bei der Vorgangsbearbeitung/-verwaltung, Datenverwaltung, Bürokommunikation, Nachrichtenübermittlung.“⁶ Die hierzu entwickelte Grundfiguration kommt dem Bedürfnis nach stets aktuellster, einheitlich verwalteter Datenhaltung nach. Dazu steht im Bereich eines Polizeipräsidiums jeweils ein Server, eine sogenannte *Regionale Datenverarbeitungsanlage (RDVA)* mit einer Datenbank, an den die sogenannten *Standort-Datenverarbeitungsanlagen*

³ Nach dem Stand von 1996: Vgl. Die IT-Organisation in der Hessischen Straßen- und Verkehrsverwaltung, Hessisches Landesamt für Straßen- und Verkehrswesen, 1996.

⁴ Kommunikationskonzept des Hessischen Landesamtes für Straßen- und Verkehrswesen, 1996, S. 2. Als Ziel der Einführung von IT in der Straßen- und Verkehrsverwaltung wird zwar auch der monetäre Nutzen ins Feld geführt, der Schwerpunkt liegt jedoch im qualitativen Nutzen, der Effizienzsteigerung sowie der Qualitätssicherung. Im einzelnen werden aufgezählt: „Einrichtung einer behörden-internen Informationsplattform, Effizienzsteigerung innerhalb der Vorgangsbearbeitung, Qualitätssicherung, Flexibilität und Zukunftssicherheit, Erhöhung der Akzeptanz und Motivation der Anwender.“ Ebd., S. 32.

⁵ Vgl. Hessen-media. Band 1: Projektdokumentation, S. 71; zum aktuellen Stand: <http://www.hessen-media.de>.

⁶ Hessen Media, Projekt-Nr.: 6-2; vgl. http://www.hessen.de/projekte/inhalt/inhalt/6_2-inhalt.htm, dort auch weitere Informationen zum Ausbaustand des Projektes.

(*StDVA*), in der Regel in einer Dienststelle oder einer größeren Organisationseinheit, angeschlossen sind. Die aktuellen Daten der StDVAs werden bei jedem Zugriff mit denen der RDVA abgeglichen. Die Datenhaltung erfolgt auf UNIX-Servern mit einer ORACLE-Datenbank. In Frankfurt a.M., dem derzeit größten Netz, leiten etwa 50 StDVAs ihre Daten an die dortige RDVA. Der IT-Ausbau ist zur Zeit auf ca. 3.500 Arbeitsplatzrechner und 140 lokale Server (StDVAs) zu beziffern, die derzeit im wesentlichen im Raum Offenbach/Frankfurt/Hanau aufgestellt wurden.

Zum Zwecke der Vorgangsbearbeitung wurde die Software ApplixWare beschafft. Sie zeichnet sich besonders durch eine leistungsfähige Schnittstelle mit der Datenbank aus, in die sie ihre Informationen ablegt, und ist in der Lage, die stark strukturierte Sachbearbeitung im Polizeiwesen fast vollständig abzudecken. Hierbei wurde eine ganze Anzahl verschiedener Vorgangsarten (Verkehrsunfall, Leichenfunde, Einbruch etc.) sowie deren sich teilweise stark unterscheidenden Arbeitsschritte (Anzeigenaufnahme, Zeugenvernehmung etc.) in ein einheitliches System integriert. Die schätzungsweise 80 existierenden wichtigsten Formblätter werden in HEPOLAS abgebildet. In einigen Standardfällen wurden sogar die derzeit noch in Papierform verwendeten Formulare in der Textverarbeitung 1:1 reproduziert und die einzelnen Felder über Makros mit der Sachbearbeitungs-Software verbunden. Für zahlreiche Felder sorgen genormte Referenztabellen für eine hohe Datenkonsistenz. Von *ApplixWare* aus wird darüber hinaus nicht nur die Suche nach Einzelfällen unterstützt, sondern auch komplexere Fragestellungen, beispielsweise nach bestimmten Straftaten in einem definierten Raum und Zeitausschnitt. Die Organisation der Zugangsberechtigungen kommt den fein gegliederten Hierarchien und Zuständigkeiten sehr entgegen und erlaubt recht unkompliziert eine hoch differenzierte Zuweisung von Lese- bzw. Schreibberechtigungen, nötigenfalls bis auf die Ebene einzelner Masken. Die Mitarbeiter geben sich dem System durch ihre Personalnummer plus Paßwort zu erkennen. Nach einem erfolgreich durchgeführten klein dimensionierten Pilotversuch werden in den Monaten April/Mai 1999 im Bereich des Polizeipräsidiums Hanau 600 bis 800 PCs mit der Sachbearbeitungssoftware bestückt. Aus Gründen der Rechtssicherheit ist nicht daran gedacht, die papierne Aktenführung aufzugeben.

3 Antragsverfahren nach dem Schwerbehindertengesetz

Das folgende Projekt ist eine Teilfortschreibung der 1989 begonnenen Umsetzung des „Gesamtkonzepts zur Automation in der Versorgungsverwaltung“. Dabei geht es um die Bearbeitung von Antragsverfahren zum Schwerbehindertengesetz (SchwbG), bei denen Gesundheitsstörungen als Behinderungen anerkannt werden und bei einem Grad der Behinderung von über 50 Prozent an zur Ausstellung eines Schwerbehindertenausweises führen.⁷ Bis 1995 sind ca. 760.000 Fallakten entstanden, und es kommen jährlich landesweit ca. 100.000 Fälle Erst- oder Neufeststellungsanträge hinzu. In den sechs hessischen Versorgungsämtern, plus drei Nebenämtern, verteilen sich 34 Arbeitsgruppen, sogenannte Abschnitte, mit jeweils sieben Mitarbeitern. In den Jahren 1993 bis 1995 wurden die Planungen über einen Ausbau der DV-Unterstützung in Angriff genommen und sahen vor, die bisherige zentrale, durch das Kommunale Gebietsrechenzentrum Darmstadt übernommene Datenhaltung auf lokale UNIX-Server in den einzelnen Ämtern mit ORACLE-Datenbanken aufzuteilen, was einhergehen sollte mit einem Ausbau der Bildschirmarbeitsplätze. Bald stellte sich heraus, daß diese Umrüstung erheblich teurer veranschlagt werden mußte als der Aufbau einer neuen SQL-Datenbank in den Ämtern plus Installation einer effizienzsteigernden Workflow-Umgebung mit den Zieldefinitionen: Beschleunigung des Verfahrens, Möglichkeit des Abrufs des aktuellen Bearbeitungsstandes, Druckerunterstützung, Schnittstellen zur Zahlstelle, Staatskasse, Widerspruchsstelle etc.

⁷ Informationen zum Projekt in: EDV-Projekt Schwerbehindertengesetz der hessischen Versorgungsverwaltung – Grobkonzept, hrsg. von der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung 1995; DV-technische Neukonzeption des Verfahrens Schwerbehindertengesetz für die hessischen Ämter für Versorgung und Soziales (LAA-Vorlage), April 1996; Kurzanleitung zum Programmsystem Schwerbehindertengesetz, Teil: Workflowsystem, Stand 1996.

1996 wurde entschieden, mittelfristig den gesamten Bereich Schwerbehindertengesetz mit 250 PCs auszustatten, sich zunächst aber auf die Durchführung eines Pilotversuchs zu beschränken. Nach einigen Verzögerungen werden noch dieses Frühjahr in Gelnhausen 25 Mitarbeiter mit der neuen Konfiguration arbeiten können; das Versorgungsamt Frankfurt a.M. soll baldmöglichst folgen. Bei der Antragsbearbeitung handelt es sich um ein stark strukturiertes Verfahren, was sich schon in der Verwendung von zahlreichen Formularen (Stand 1995: 67) niederschlägt. Das ausgewählte COSA-Workflowsystem sitzt auf einer differenzierten Datenbank von ca. 50 Tabellen auf und findet durch sogenannte assoziierte Dokumente – ausgehende Schreiben etc. – Ergänzung. Die einzelnen Bearbeitungsschritte verlaufen über die Antragsannahme, die Antragsbearbeitung, den in den Ämtern angesiedelten Ärztlichen Dienst, die Zahlstelle und gegebenenfalls die Widerspruchsstelle. Die Datensicherheit wird gewährleistet durch eine differenzierte Zugangsberechtigung für den jeweils für einen der Bearbeitungsschritte zuständigen Mitarbeiter mit Paßwort für seinen PC. Angedacht ist bereits die Übertragung der Grundkomponenten auf ähnlich strukturierte Antragsverfahren in der Sozial- und Versorgungsverwaltung, insbesondere der Durchführung des Bundeserziehungsgeldgesetzes.

4 Personal- und Stellenverwaltung durch FARO

Seit 1995 existiert das von der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung erarbeitete Software-Paket für die Personal- und Stellenverwaltung FARO für Stand-alone- oder Client/Server-Betrieb, das bereits in einigen Großbehörden erfolgreich eingesetzt wird.⁸ Inzwischen steht die dritte Ausgabe zur Verfügung, die in einer Basisversion mit einigen Mausclicks vom hessischen Landesintranet lizenzfrei für den Einzelarbeitsplatz heruntergeladen werden kann. Das Programm unterstützt die Personalverwaltung in ganzer Breite, die Bearbeitung von Bewerbungen auf offene Stellen sowie des Stellenplans bzw. der Stellenzuordnung. Dabei wird wie für die bereits oben genannten Systeme auch für möglichst zahlreiche Felder über Referenzlisten eine Normierung geschaffen. Es bestehen vielseitige Möglichkeiten der Datenauswertung, beispielsweise in Form von Abwesenheitslisten, dem Geschäftsverteilungsplan oder eine Abfrage zum Stand der Umsetzung des Frauenförderplans. Der Umfang der hier gespeicherten Informationen geht also weit über die etwa im Personalbogen erfaßten personenbezogenen Daten hinaus: Hier sind alle für die Personalführung relevanten Angaben enthalten, bis hin zur aktuellen Eingruppierung, der Teilnahme an Fortbildungen, Nebentätigkeiten, gegebenenfalls Behinderungsgrad und Beurteilungen. Aufgrund dieser Problematik wurde und wird FARO bei weiteren Änderungen dem Hessischen Datenschutzbeauftragten zur Prüfung vorgelegt. Großes Gewicht wurde bei der Mehrplatz-Anwendung auf die Zugriffsberechtigungen gelegt, die sehr differenziert über eine Benutzererkennung auf einzelne Module, ja sogar einzelne Masken herunter definiert werden können. Schnittstellen nach WORD FOR WINDOWS ermöglichen den Ausdruck von Standard-Schreiben oder formularmäßigen Ausdrucken. Ziel des Einsatzes von FARO ist nicht, die Personalaktenführung, auch nicht in Teilen, zu ersetzen, sondern rasche Auskünfte gegenüber dem Personal sowie selbstverständlich für die Zwecke der Dienststellenleitung zu liefern.

⁸ Das System arbeitet MS-ACCESS basiert, je nach Umfang mit SQL- oder INFORMIX-Datenbank. Eingesetzt ist es bisher im Landesvermessungsamt Koblenz, im Hessischen Innenministerium, im Hessischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung und in der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung; geprüft wird die Einführung im Hessischen Finanzministerium sowie im Innenministerium von Rheinland-Pfalz.

5 Durchführung der Prüfung von Lehramtskandidaten – Erstes Staatsexamen

Im Vergleich zu den bisher vorgestellten Projekten deutlich weniger aufwendig konfiguriert, gleichwohl strukturell vergleichbar ist folgende kleinere Vorort-Anwendung: Am Wissenschaftlichen Prüfungsamt für die Lehrämter an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt a.M. geht derzeit ein IT-Pilotprojekt zur DV-unterstützten Sachbearbeitung der Lehramtsprüfungen in die Praxisphase über; geplant ist die spätere Einführung des Systems in den Prüfungsämtern in Gießen, Marburg, Kassel und Darmstadt.⁹ Die komplexen Abläufe bei der Durchführung der staatlichen Examina für die verschiedenen Lehramtsabschlüsse wurden in einer „modularen ACCESS-Anwendung“ abgebildet. Die Module beziehen sich auf

- (1) die Personalverwaltung der Prüfkandidaten,
- (2) die Organisation der Prüfung,
- (3) die Verwaltung der Prüfungsdaten (Termine, Protokoll, Noten),
- (4) die Verwaltung der Prüfer (Adressen, Vergütung), und schließlich
- (5) den Statistikteil.

Hinter dieser Anwendung steht eine ACCESS-Datenbank im WINDOWS NT-Client/Server-Betrieb. Da Standardsoftware genutzt wird, ist sie vergleichsweise preiswert. Die Zugangsberechtigungen werden über das hausinterne NT-Netz definiert. Bei der Anwendung handelt es sich selbstverständlich nicht um ein Workflow-System, doch ist auch diese Datenbankanwendung in der Lage, differenzierte Arbeitsabläufe zu organisieren. So können einzelne Module erst nach abschließender Bearbeitung des chronologisch vorhergehenden freigegeben werden, nach Eingang der erforderlichen Prüfungsunterlagen: die Organisation der Prüfung, ferner die Terminabsprachen mit den Prüfern bis hin zur Ausstellung der Gebührenbescheide und Auszahlungsanordnungen.

6 Fazit

Die dargestellten Projekte haben inzwischen sämtlich Praxisreife erlangt und werden in Kürze ihre Anwender finden. Im Hinblick auf die Archivierung sind im wesentlichen folgende Punkte zu bilanzieren:

1. Bei sämtlichen Projekten, welche sich dadurch auszeichnen, daß sie Workflow im eigentlichen Sinne oder doch verwandte Instrumente einsetzen, handelt es sich um die Nutzung von Bürokommunikationssystemen im Rahmen strukturierter Sachbearbeitung. Das Endprodukt sind mehr oder weniger massenhafte, jedenfalls aber gleichförmige Vorgänge/Einzelfallakten. Von der papierunabhängigen differenzierten Sachaktenführung, d. h. der Erzeugung von elektronischen Akten, sind die Behörden der hessischen Landesverwaltung damit noch weit entfernt.
2. Aus Gründen der Rechtssicherheit verzichtet keine der genannten Verwaltungen künftig auf die Führung der Akten in Papierform; es ist auch nicht zu erwarten, daß auf hybride Aktenführung übergegangen wird. Dies ist allenfalls bei kurzfristig relevanten, rein amtsinternen Vorgängen wie Beantragung von Urlaub, Dienstreisen etc. angedacht. Somit besteht aktuell nicht die Gefahr, daß das archivierungswürdige papierne Schriftgut in seinem Informationsgehalt geschmälert wird.
3. Allen Projekten ging eine Ist-Analyse des Geschäftsgangs voraus, die ihrerseits normierende Rückwirkungen auf die Sachbearbeitung und damit auf die Aktenbildung hatte. Hiervon ausgenommen ist lediglich HEPOLAS, denn im Bereich der polizeilichen Sachbearbeitung ist das normierte Arbeiten seit jeher in besonderem Maße Praxis. Selbst beim Projekt Schwerbehindertengesetz lagen erhebliche arbeitsorganisatorische Unterschiede in den Ämtern vor, die zunächst angeglichen werden mußten.¹⁰ Dies bedeutet, daß das Einzelfallaktenschriftgut tendenziell gleichförmig

⁹ „Noten für die Lehrer“ In: inform. HZD-Magazin für die Hessische Landesverwaltung, H. 2 1988, S. 8 f.

¹⁰ Hierzu ging der Planung des Datenmodells eine Ist-Analyse der Ablauforganisation voraus, die als Konsequenz die Einführung landesweit gleichförmiger Verfahrensschritte und Terminologien hatte – ein Problem, welches übrigens zur Folge hat, daß über eine bundesweite Lösung bisher nicht nachgedacht wurde. Laut Auskunft des Systembetreuers gab es in der Entwicklungsphase durchaus Kontakte zu anderen Bundesländern, in denen ebenfalls über die Automatisierung des Verfahrens nachgedacht wurde. Jedoch habe sich hierbei herausgestellt,

ger und weniger stark den Eigenheiten von „Ämtertraditionen“ unterliegen wird. Dies erleichtert es künftig, landesweite statistisch aussagekräftige Stichproben zu archivieren.

4. Die zentralen Nachweise für das betroffene Schriftgut, bisher meist in Karteikartenform geführt und als Informationskonzentrat gerne von den Archiven übernommen, werden künftig ausschließlich virtuell vorgehalten. Dies wird die Auswahl der archivierungswürdigen Unterlagen komfortabler gestalten und differenziertere Stichproben ermöglichen.
5. In Einzelfällen wird es genügen, listenförmige Papierausdrucke der zentralen virtuellen Nachweise zu übernehmen. Je differenzierter die Datenbanken mit den fallbezogenen Informationen aber sind, desto interessanter wird deren vollständige elektronische Übernahme werden.
6. Die vorgeführten Projekte präsentieren eine breite Palette von landesweit aufgespannten Datennetzen mit Workflow-Komponenten bis zur vergleichsweise pragmatisch anmutenden Nutzung gängiger Netzwerk- und Datenbanksoftware in kleineren Dienststellen. Das Augenmerk der Archive sollte sich nicht nur auf die großen, spektakulären und kostenträchtigen IT-Projekte konzentrieren. Bei kleineren Einheiten ist die Gefahr vernachlässigter Dokumentation tendenziell größer als in generalstabsmäßig geplanten Großprojekten.